

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht angenommen.

Februar 1925
Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 042 29 (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifenband durch die Post: Halbjährlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Das Doppelgesicht der K.P.D.

Durch die allgemeine Enthüllungssuche kommt vieles ans Tageslicht, was sonst nur dem Geschichtsforscher nach langjährigen Studien möglich gewesen wäre zu ergründen. Die Junker und die Schlotbarone lassen durch ihre Presse behaupten, daß die demokratische Mitte, das Handelskapital nebst Fertigungsindustrie sowie ihr kleinbürgerlicher Anhang bis zur SPD, die verwerflichste Meute sei. Zum großen Teil gelingt es ihnen auch, dieses zu beweisen. Die demokratisch, schwarz-rotgoldene Mitte wiederum behauptet von den Junkern und Trumstagnanten, daß sie die größten Vaterlandsverräter sind, die stets nur aus der „Not des Volkes“ ihren Gewinn gezogen haben und beweisen dieses mit dem Ruhrpanama.

Den Dienst der Stadt, d. h. in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen. Sowohl Kredite der Stadt als auch Angelegenheiten seien fortgesetzt durch Stadtverordnete aller Parteien vermittelt worden, und der Kämmerer habe nicht zögern, sich die Namen der Vermittelnden jemals notieren zu müssen. Insbesondere habe der damals noch ehrenamtlich als Stadtrat tätige, jetzige Stadtverordnete Stolt ihn ersucht, falls der Kämmerer bei seinen Beziehungen zu den D-Banken auf Schwierigkeiten stoßen sollte, sich an ihn zu wenden, da er bei seinen Beziehungen zu anderen Finanzinstanzen sehr wohl in der Lage wäre, der Stadt andere günstige Kredit- und Anlagemöglichkeiten zu vermitteln.

Die Lage des französischen Kapitals

Während fast alle europäischen Länder seit Jahresfrist die Stabilisierung ihrer Valuta und damit die valutarische Inflation beendet haben, tobt in Frankreich noch immer der Kampf um die Währung. Die in der Inflation liegende Exportprämie hat insbesondere der Schwer- und Textilindustrie ungeheure Gewinne zugeschanzt. Das Jahr 1924 war für die französische Industrie außerordentlich gewinnreich. Der Export erreichte fast Friedenshöhe. Dies war insbesondere auf die Ausschaltung der deutschen Konkurrenz zurückzuführen. Die Durchführung der sog. Stabilisierung hatte dazu geführt, daß die deutsche Industrie nur zu Weltmarktpreisen fabrizieren konnte. Außerdem war sie durch das bis zum September hinausgezögerte Reparationsabkommen an der Aufnahme von ausländischen Krediten, die zur Inbetriebsetzung der Produktionsmittel unentbehrlich waren, gehindert. Diese Situation hat sich aber in den letzten Monaten stark zugunsten der deutschen Industrie geändert. Zwar bildet die Belastung mit den Verpflichtungen aus dem Londoner Abkommen mit den Verpflichtungen für die französische Industrie. Sie einen Vorsprung für die ungeheure gewachsene Produktionsfähigkeit der deutschen Industrie und die durch die verschärfte Ausbesserung der deutschen Arbeiterschaft herbeigeführte Verminderung der Produktionskosten sowie die durch die amerikanischen Anleihen gestärkte Kapitalkraft. Gerade die Erhebungen der Micum über die Leistungsfähigkeit der Ruhrindustrie gegenüber der Vorkriegszeit haben diese Befürchtungen hervorgerufen. So sollen sich nach diesen Angaben die Produktionsmöglichkeiten der Ruhrwerke um 35, die der Hochöfen 32 und die der Martinöfen sogar um 40 v. H. gegenüber der Vorkriegszeit gesteigert haben. Deshalb ist die französische Industrie darauf bedacht, sich die in der Inflation liegende Exportprämie zu erhalten. Sie würde auf diese Weise völlig konkurrenzlos auf dem Weltmarkt sein, nachdem sämtliche Industrieländer außer dem Spiel, das die deutsche Schwerindustrie so erfolgreich durchgeföhrt. Die Enteignung der gesamten Wirtschaft zugunsten der exportierenden Bestrebungen werden sabotiert. Sämtliche Stabilisierungsbestrebungen werden sabotiert. Das französische Finanzkapital sträubt sich gegen diese Bestrebungen mit erblicher Energie. Es will, daß die Nutznießer der Inflation die Eisen- und Textilindustrie sind und daß es wegen der engen Verknüpfung mit dem Binnenmarkt die stärksten Verluste zu tragen hätte. Die enorme Anleiheverschuldung befindet sich besonders in dem enormen Anleiheverschuldung des Mittelstandes. Ihre Entwertung würde ruinös wirken und überdies dem Finanzkapital seine Vorherrschaft nehmen. Der französische Rentenstaat wäre erledigt und damit eine jahrhundertelange Tradition gebrochen. Gegen diese Tendenz wehrt sich die Finanz mit allen Mitteln. Sie hat auch wie über die Unterstützung des in der Sozialdemokratie organisierten Kleinbürgertums. Es ist genau dieselbe Erscheinung wie in Deutschland. Der Unterschied liegt nur in der doch nicht so systematisch durchgeführten Konzentration der französischen Industrie.

Wohl viele der Arbeiterschaft, daß die Vorwärts-schreiber Demagogen ersten Ranges sind und die „Rote Fahne“-Schreiber an diese noch nicht heranreichen. Dies beweist die angelegte Berichtigung und Rechtfertigung der „Roten Fahne“ im Falle der Mitföhre der KPD. - Stadtverordneten bei Kreditvermittlungsgeschäften; denn wenn Worte einen Sinn haben, dann heißt doch der letzte Satz von Stolt, daß man eben nur keine „faulen Geschäfte“ vorgeschlagen habe, sondern nur „gute“. - Mit der russischen Handesgesellschaft jedenfalls; denn andere Verbindungen kann man doch einem kommunistischen Stadtverordneten nicht zutrauen. Doch bei diesen guten Geschäften taucht die brennende Frage auf, ob es denn die Pflicht eines Bedarfswirtschafts, der angeblich den Kommunismus, die bürgerlichen Vertreter des Proletariats will, der bürgerlichen Republik, die Diktatur des Proletariats will, der demokratischen Republik, also der Bourgeoisie, „gute Ratschläge“ zu erteilen?

Aus diesen harnisch erscheinenden Nebenabsichten ist jedoch der Januskopf der KPD, sich mit dem Klassenfeind und seinen Organen herumzuschlagen und dabei Opfer über Opfer bringen — Tausende sind schon auf Grund dieses chaotischen Zustandes von 1923, in dem die KPD, bekanntlich so glänzend versagte, verdonnert und täglich folgen neue Gruppen — gehen die „revolutionären Parlamentsgenossen“ bei den Vertretern der Klassenfeinde ein und aus und erteilen „gute finanzielle Ratschläge“. Je mehr Enthüllungen, desto klarer kann das Proletariat Freund und Feind unterscheiden. Eine sich kommunistisch nennende Organisation, die es als ihre höchste Aufgabe betrachtet, in Zeiten der Zuspitzung der Klassengegensätze, wie es im Jahre 1923 der Fall war, durch ihre prominenten Vertreter vermittelnd eingzugreifen, die heute trotz ihrer „linken“ Föhlung nicht davon abzürücken wagt, sondern nur „keine schmutzigen“ Dinger gedreht haben will, hat sich durch dieses echt sozialdemokratische Machenschauspiel als das erwiesen, was sie schon längst ist, nämlich als eine sich in den Mantel des Kommunismus hüllende Reformpartei. Nur die äußere Tünche trennt sie von der Sozialdemokratie. Nur ihre geschichtliche Jugend hat sie bis jetzt noch vor der, die Sozialdemokratie schier erstickenden, Korruption bewahrt.

Wollen die proletarischen Mitglieder der KPD, kein Magdeburger, kein München, keine dauernden Niederlagen aus der politischen Linie ihrer Partei zu ziehen, die offen durch die Verschmelzung zwischen Moskau und Ansternidam ins Lager der Konterrevolution, ins Lager des Klassenfeindes föhrt. Die Kommunistische Arbeiter-Partei hat schon 1919 in klarer Erkenntnis des Reformismus den Trennungsstrich von diesem gezogen und in ihrem Programm, dem Programm der proletarischen Revolution dem revolutionären-Proletariat den Weg gewiesen; den Weg, den das Proletariat als Klasse bei Strafe seines Unterganges wird beschreiten müssen.

Ein weiteres Mittel ist eine Ausbalanzierung des Staatshaushalts. Die Ausgaben sind nach den von der Kammer bewilligten Erhöhungen mit 34,2 Milliarden Frank veranschlagt. Davon entfallen 7,8 Milliarden auf die Zivilverwaltung, 6,2 Milliarden auf Heer und

Ortsteilungen

RHEINLAND-WESTPHALEN.
Düsseldorf. Der Proletariat ist zu haben in der Lesestube der Abtrünnigen, Schirmacherstraße, Ecke Leuchtturm. Dort selbst liegen aus: Kommunistische Arbeiter-Zeitung, Kampf und Rot, Jugend.
KAP. Düsseldorf. Am 22. Februar findet voraussichtlich die nächste Mitgliederversammlung statt. Bericht von der Bezirkskonferenz wird gegeben. Ort und Zeit geht nach durch die Funktionäre zu; keiner darf fehlen.
GROSS-BERLIN.
Achtung! Referentat Euer Erscheinen am Montag, den 23. Februar, abends 7 Uhr, Schule Gipsstr. 23, ist unbedingt erforderlich.
Achtung! Verlagskommission. Nächste Sitzung: Mittwoch, den 25. Februar, abends 7 Uhr, im Laden. Erscheinen jedes Genossen ist Pflicht.
7. Bezirk (Charlottenburg). Mittwoch, 25. Februar, abends 7,30 Uhr: Mitglieder-Versammlung in der Schule, Querkestraße.

Die KAZ. V. Jahrgang, ist jetzt gebunden zu erhalten. Der Preis für den in Halbleinen gebundenen Jahrgang beträgt 10 Mark.
Ortsgruppen und Parteigenossen erhalten Vorzugspreise. Zu beziehen durch die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur und Antiquariat, Berlin O 17, Warschauer Straße 49. Postcheckkonto: Berlin 490 29.

Eingegangene Schriften.
H. G. Wels. „Die Grundlinien der Weltgeschichte“. 670 S., auf halbfreiem Papier gedruckt. In Ganzleinen gebunden Mk. 20. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin.
M. Beer. „Allgemeine Geschichte des Sozialismus“. 540 S., in Ganzleinen gebunden Mk. 10. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin.
Erich Mühsam. „Alarm“. (Dichter und Rebellen, Band 1.) 100 S., Kartoniert Mk. 1. in Ganzleinen Mk. 2. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin.
Georg Possoff. „Tscheka“. 310 S. Brosch. Mk. 4,50. Halbleinen Mk. 6. Verlag der Frankfurter Societätsdruckerei, Frankfurt a. M.
Heinz Elm. „Der Parteieinsatz“. 32 S. Preis Mk. 0,30. Paul Henzelmann, Berlin.
Heinz Elm. „Kindermärchen und Gedichte“. 20 S. Mk. 0,20. Paul Henzelmann, Berlin.
Paul Lafuze. „Die Konsum-Genossenschaft Berlin 111 und Umgebung und ihre Vorläufer“. 232 S. Preis Mk. 1.—. Verlag: Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgebung.
Erich Eyck. „Die Monarchie Wilhelms II.“ 100 S. Preis Mk. 77.—. Verlag Ullstein, Berlin.
Karl Brüger. „Der blühende Hammer“. 56 S. Kart. Mk. 0,45. Halbleinen Mk. 0,80. Arbeiterjugendverlag, Berlin und Umgebung.
Max Bartel. „Ueberfluß des Herzens“. 88 S. Kart. Mk. 0,80. Halbleinen Mk. 1,50. Arbeiterjugendverlag, Berlin.
Otto Krille. „Die rote Palette“. 100 S. geb. Mk. 2,75. Verlag Oskar Wöhrlé, Konstanz.
Otto Krille. „Arbeiterjugend und Bildung“. 20 S. Brosch. Mk. 0,30. Verlag Oskar Wöhrlé, Konstanz.
Kund Karst. „Der Faschismus“. 98 S. Kart. Mk. 1,80. Verlag Oskar Wöhrlé, Konstanz.
Dr. Erich Uebachs. „Geburtsbeschränkung und Sozialismus“. 100 S. brosch. Mk. 3,25. Verlag Curt Reibitzsch, Leipzig.
Ernst Friedrich. „Oskar Kanesh“. 48 S. brosch. Mk. 0,80. Verlag Arbeiter-Kunst, Berlin.
Marin Anderson Nezh. „Stimme Menschenkind“. 640 Seiten. brosch. Mk. 10. in Ganzleinen Mk. 13,50. Verlag Albert Langen, München.
Richard Bondam. „Die Heilung der Gesellschaft“. 368 S. brosch. Mk. 6. in Halbleinen Mk. 9. Verlag Albert Langen, München.
Vorstehende Bücher sind bei uns eingelaufen. Die Besprechung derselben erfolgt im „Proletariat“ Nr. 5. Rezensionsexemplare von neu erschienenen Büchern sind an die Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Berlin O 17, Warschauer Str. 49, zu senden. Dort ist auch sämtliche kommunistische und sozialistische Literatur erhältlich.

Verantwortl. Red. u. Herausgeber: Otto Schernoll, Berlin. Druck: Willy Iszonadt, Berlin O 17, Lanke Straße 79.

Ausschneiden
und an die Buchhandlung senden:
Bestellzettel
an die
Buchhandlung für Arbeiter-Literatur und Antiquariat
Berlin O 17, Warschauer Straße 49

Stück	Ich bestelle zu Vorzugspreisen:	Stück	Nur
Beer M.: Allgemeine Geschichte des Sozialismus	Ganzl.	10,—	8,—
Bacharin, N.: A. B. C. des Kommunismus		3,—	2,—
Canow, H.: Die Marzache Geschichte. Gesellschaft u. Staatstheorie. — 3 Bde.		10,—	8,—
Friedrich, E.: Oskar Kanesh. proletarische Dichter		—	50
Friedrich, E.: Krieg dem Kriege. ca. 40 Original-Photographien vom „Feld der Ehe“ u. vom „Heldentod“.	Hibl.	5,—	2,50
Luxemburg E.: Akkumulation des Kapitals. Bd. I u. 2	Hibl.	10,—	8,—
Liebknecht, K.: Studien über die Bewegungsgesetze d. gesellschaftlichen Entwicklung	Ganzl.	10,—	8,—
Wels, H. G.: Grundlinien der Weltgeschichte, vom Urtier zum Kulturmenschen	Ganzl.	20,—	16,—
Zusammen:			

Namen: _____ Ort: _____
Wohnung: _____
Versand nach auswärtig nur gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrages. Porto zu Lasten des Empfängers.

eine Sonderorganisation in der „Einheitsorganisation“ geworden, eine politische Zelle gewordene. Sie führen den Kampf gegen die politische „Partei“, sind aber in Wirklichkeit nichts anderes. Sie führen also keinen Kampf um revolutionäre Prinzipien und Erkenntnisse, sondern nur um Worte, um das Wort „Partei“ um tote Schemen. Und werden dabei selbst innerhalb der „Einheitsorganisation“ aufs schärfste bekämpft. Die Ablehnung der politischen Organisation hat bei den Einheitsführern zu einem derartigen Wirrwarr zu Meinungen und Anschauungen geführt, daß ihr Titel „Einheitsorganisation“ nur eine Farade auf ihrem tatsächlichen Zustand ist. Es hieß das Proletariat im Stiche lassen, wollte man die geschulten Kräfte der Revolution auflösen in Atome und sie einzeln in den ungeordneten Brei werfen, in dem sie zur Ohnmacht verurteilt würden und warteten, bis die Massen aus sich heraus fähig würden, die kapitalistische Ideologie abzustreifen. Also auf den St. Nimmerleinstag. Es hieß das, die Organisation der Klassenkämpfer ablehnen zu Gunsten der Organisation der Illusionen. So richtig es ist, daß die Befreiung des Proletariats nur sein einziges Ziel sein kann, so richtig ist es, daß die revolutionären Elemente des Proletariats die Pflicht haben, mit organisierter Schlagkraft einzusetzen, jeden ihrer Anhänger in der Klassenorganisation verpflichten, seine Pflicht zu tun, und die Partei als solche, als Ganzes immer auf der Höhe auf der die Fragen abrollen, diese durchleuchtet und durch Kollektivkraft und Kollektivgeist die Einheitslichkeit der Aktion sichert und so den Dualismus überwindet. Die Angst über die Notwendigkeit politischer und wirtschaftlicher Räte ist völlig überwindlich. Wir brauchen eine rote Armee, wir brauchen eine revolutionäre Rätegewalt im politischen Sinn. Wir brauchen die Rätegewalt in wirtschaftlicher Hinsicht, und diese getrennten Aufgaben erfordern selbstverständlich eine konkrete Bewältigung. Aber ist im Kampf der Massen etwa ein einheitslicher Wille? Eben nicht! Das Proletariat wird bis zum endgültigen Siege ideologisch gespalten sein, und deshalb ist es eine Lebensfrage für die Revolution, die politischen, wirtschaftlichen, militärischen Räte, die nicht stark die schwachen halten des Proletariats widerstandsfähig werden, durch organisierte Entschlossenheit vorwärtszutreiben. Wer dies der Union zuweist, hat nicht begriffen, daß er damit die Union zur Partei erhebt und nichts an deren Stelle setzen kann als einen Namen. Wir kennen den Boden, auf dem das Ende als Einheitsorganisation die jeder versteht, wie er will. Aber so wenig, wie man heute den Kommunismus im Kapitalismus einföhren kann, so wenig kann man das Ende des Proletariats organisatorisch vorwegnehmen, ohne damit alle Möglichkeiten für den Kampf um das Ende zu vernichten. Die persönliche Anführung der Einzelnen kann nicht den Kampf der Massen ersetzen, und Organisationspielerlei ist noch lange kein Klassenkampf.

Das kurz einige Bemerkungen zu den recht unklaren Ausführungen, die auch teilweise im strikten Gegensatz zu der „Einheitsorganisation“ stehen. Wir müssen es uns versagen, auf dem Rat, eine Partei innerhalb der AAU zu bilden, einzugehen, eben so auf die Vorschläge der obliquierten Einheitsführung der KAZ, in der AAU die nicht „verleihen“ in unsere „Sachen“, alles dient der Revolution. Wer sich uns aber als Schulmeister aufspielen will, von dem müssen wir schon verlangen, daß er sich angewöhnt, in „Kontinenten zu denken“!

Lerni aus der Geschichte

So ruft in einem Leitartikel Wilhelm Dittmann im „Vorwärts“ vom 19. Februar Abendblatt der Kommunisten die Klassen die III. Internationale zu. Anlaß dazu gibt ihm der „Tscheka“-Prozess in Leipzig. Auf die allgemeinen Anregungen dieses „radikalen“ Strategen des November 1918 gegen die pseudokommunistische Partei wollen wir nicht eingehen. Doch ein Satz ist festzuhalten, spricht er doch aus, wie die Bürger in röhlich schimmernder Aufmachung sich den Klassenkampf des Proletariats vorstellen. „Der alte“ Kampf Wilhelm Dittmann ruft der „jungen“ Generation zu: „Wenn die deutschen Kommunisten die Geschichte der Klassenkämpfe in Deutschland kennen wollten, hätten sie ihre Partei vor dem Schicksal bewahrt, dem sie jetzt verfallen ist. Dann würden sie wissen, daß in den Kinderjahren der Arbeiterbewegung und in den Zeiten schwerster Verfolgungen rein föhnmündige Ausbrüche der Empörung, der bewußten, bewußten Erhebungen und Tutsche die primitivsten Kampfmethoden waren, mit denen impulsive Naturen und Fanatiker den Kampf gegen die herrschenden Gewalten führten. Sie würden aber auch wissen, daß solche Erneuten stets zu Niederlagen führten und die proletarische Bewegung schwächten, statt ihr zu nutzen. Sie würden dann endlich wissen, daß diese primitiven Mittel des Klassenkampfes überwunden wurden durch die sozialdemokratische Erkenntnis, daß die Kapitalismus wirksam nur bekämpft und schließlich beseitigt werden kann auf dem Boden der von ihm selber geschaffenen Gesellschaft, nicht mit den Methoden des geistigen und politischen Kampfes.“

Richtig ist, daß ein paar Attentate individueller Art wirklich nicht den Gang der Geschichte beeinflussen. Doch das bewußte Erheben sinnlos sind, ist tatsächlich eine rein sozialdemokratische Erkenntnis. Erkenntnis kann nicht sagen, denn auch der „alte“ Dittmann weiß, daß noch nie eine Klasse in der Geschichte freiwillig, gewaltlos auf ihre Vorrechte verzichtet hat. Dies ist bekanntlich eine marxistische Erkenntnis. „Wohin die „Bekämpfung“ des Kapitalismus auf sozialdemokratischer Erkenntnis“ beruhend föhrgelöhrt hat, beweist gerade die deutsche Revolution. Die geistige und politische Methode auf dem Boden der vom Kapitalismus geschaffenen Gesetzlichkeit zur Bekämpfung des Profitensystems hat über den Bluthund Noske zum Barnatsump, zur sinnlosen stinkenden Korruption, zu Aufsichtsräten, zu gutstehenden Bürgern, die die Klassenkenntnis des Proletariats fürchten wie die Pest, geföhrt.

Sächsischer Wunschnzettel

Die Opposition der SPD, fordert einen Parteitag. Jede richtige, parlamentarische, bürgerliche Partei braucht eine Opposition, wie auch jede demokratische Regierung ohne diese nicht möglich ist. Der rechte und echte Typ einer bürgerlichen, parlamentarischen Partei ist die „vollständig bürgerliche“ Sozialdemokratie und die echte Opposition, welche sie nur aus Föhlsicht und Inkonsistenz hervorgehen läßt ist die sächsische Opposition. Sie möchte wohl etwas, aber weiß nicht recht was. Sie will den Büren waschen, aber nicht das Fell mit machen. Und so bietet sie ein Bild der unmöglichen, Halbschick, die Bild strahlender, Rückwärts, in Erinnerung ist noch der Ausschluß der sächsischen Dittmannschlicher durch die Mitgliedenschaft, die frei zur Opposition stehen und die Nichtanerkennung des Ausschusses durch die Parteivertreter in Berlin. Diese Sache ruht vorläufig bis zum nächsten Revolutionensturm auf dem Parteitag. Inzwischen ist aber die Versammlung der Parteivertreter, ihre direkte Beteiligung an allen möglichen korrupten Sachen soweit in die Öffentlichkeit gedrungen, daß man als Opposition schon dazu Stellung nehmen muß. Da die Berliner „Opposition“ unter Föhrgung des „radikalen“ Künstler scheintbar schon

An die Mitglieder der Einheitsorganisation!

Genossen! Am 27. Februar veranstaltet die Kommunistische Arbeiterpartei öffentliche Mitglieder-Versammlungen in untenstehenden Lokalen, zu denen ihr hiermit eingeladen seid. Die Tagesordnung lautet: „Die Aufgaben des revolutionären Proletariats“. Der Zweck der Versammlung ist, eine politische Aussprache zwischen den Mitgliedern beider Organisationen herbeizuföhren. Erscheint recht zahlreich in dem Euch zunächst zugelegenen Versammlungslokal; gleichzeitig, ob es Eure „Instanzen“ erlauben oder nicht, ihr selbst habt doch zu entscheiden!

Die Versammlungen finden am 27. Februar, abends um 7 Uhr in folgenden Lokalen statt:
Norden: Fränzel, Roineckendorfer Straße 42.
Nordosten: Paries, Hufelandstraße 32.
Osten: Bookers Festsaal, Weberstraße.
Süden, Neukölln: Kottbuser Krug, Kottbuser Straße 19.
Oestliche und südöstliche Vororte: Köpenick, Rosenecke Kirchstraße, Lokal Augustin.
Westliche und südwestliche Vororte: Schöneberg, Schöneberg, Sedanstraße 20.
Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands, Bezirk Groß-Berlin, Arbeitsausschuß.

Achtung! Parteigenossen!

Am Freitag, den 27. Februar finden die Bezirksversammlungen nur in den oben bezeichneten 6 Lokalen statt! Die Parteigenossen haben sich zu dem ihm zunächst gelegenen Lokal zu begeben. Ledet die Euch bekannten Einheitsleiter noch persönlich ein!

mit versumpft ist; denn man hört nichts mehr von ihr, bleibt nur noch die sächsische „Opposition“ übrig. Wie schon oft, machte Dresden den Anfang und verlangte energisch einen Parteitag außerordentlicher Natur, bis zu welchem alle angelegten Großbürger der kleinbürgerlichen Partei ihre Posten niederzulegen haben, wahrscheinlich, damit sie besser ihre Verteidigung einleiten können.
Der „Vorwärts“ gab dieses zu veröffentlichen.
Dem Beispiel Dresdens hat sich nun Leipzig angeschlossen. In einer am 16. Februar stattgefundenen außerordentlichen Generalversammlung wurde eine Entschöbung angenommen, in der es heißt:
„Trotz der Erklärung, die der Parteivorstand in seiner Sitzung vom 13. Januar faßte... hat Genosse Bauer am 6. Februar sein Reichstagsmandat niederlegen müssen, weil der Beweis als erbracht gelten müßte, daß er seinen politischen Einfluß zur Erlangung persönlicher Vorteile benutzte.“ Am 16. Februar ging der Polizeipräsident Genosse Richter freiwillig in Urlaub. Bauer ist inzwischen aus der Partei ausgeschlossen worden.

Da die Genossen Hellmann, Wels und andere nicht weniger schwer belastet erscheinen, und da auch Genosse Auer, wie der Münchener Prozeß zeigte, zum mindesten außergewöhnliche Wege gegangen ist, hält die Generalversammlung des Unterbezirks Groß-Leipzig im Interesse der proletarischen Bewegung die sofortige Klärung und, wenn notwendig, rücksichtslose Maßnahmen für unbedingt erforderlich.
Zu diesem Zwecke verlangt sie die sofortige Einberufung eines außerordentlichen Parteitages.
Die Generalversammlung verlangt ferner, daß alle angelegten Genossen, die sich dem Parteitag auf die Ausübung ihrer Ämter zu verzichten haben, damit durch eventuelle weitere Enthüllungen der sozialistischen Bewegung nicht noch größerer Schaden entsteht.“

Auch dieses verlegt der „Vorwärts“ seinen Lesern mitzuteilen. Die Redaktion „Opposition“ scheint für die Wünsche ihrer sächsischen Parteigenossen wenig Interesse zu haben, sonst würde doch schließlich das Zentralorgan ein klein wenig den Wünschen der Mitgliederschaft Rechnung tragen müssen. Zur Berühigung nun der Mitglieder veröffentlicht der „Vorwärts“ vom 18. Februar, folgenden Beschluß des Parteitagesausschusses, den derselbe am Dienstag, den 17. Februar, nach Behandlung der politischen Lage (lies: nach Behandlung der totalen Versumpfung und Korruption) gefaßt hat und folgenden Wortlaut hat:
„Der Parteiausschuß gibt nach eingehender Verhandlung seiner Überzeugung Ausdruck, daß der von der Partei eingesetzte Prüfungsausschuß seine verantwortungsvolle Tätigkeit in richtiger und geeigneter Weise ausgeübt hat und vertraut darauf, daß der Ausschuss auch fernerhin die ererbten Vorwürfe gegen einzelne Parteigenossen prüfen und daraus gegebenenfalls alle erforderlichen Konsequenzen rücksichtslos ziehen wird.“

Der Parteiausschuß warnt zugleich die Parteigenossen dringend, sich durch ein systematisches Verleumdungsspiel zu gerade die erbittertsten Feinde der Arbeiterklasse gegen die Arbeiterbewegung inszeniert haben, verwirren zu lassen und so das Spiel der Reaktion zu erleichtern.
Daß waschechte Bourgeoisentypen und herausgekommene Parvenus immer noch als Vertreter der Proletariat Anklage haben, ist das schlimmste an dieser ganzen verfaulten Gesellschaftsordnung mit ihren Stützen.
Übrigens sollten sich die oppositionellen sächsischen SPD-Mitglieder etwas schämen, an solche verdienten Genossen, die schon jahrzehntelang ihr Brot in „Ehren“ gegessen haben, Kritik zu üben und sogar ihren Ausschuß fordern.

Die Proletariat der SPD müssen erkennen, daß die Frage nicht „gute“ oder „schlechte“ Führer lautet, sondern Sozialreform oder Revolution. Erstere bedingt ganz föhricht die Barnatsump, wie in die nationale Verteidigung das Blutiviel Noske bedingte. Werden dem Bauer, Richter, Müller, Auer und wie sie, alle helfen, föhnen die ererbten Klassen Vorwürfe gegen einzelne Parteigenossen, dann werden sie ganz zu schweigen in die Fußtapfen ihrer Vorgänger treten. Was für die Sozialdemokratie gilt, trifft auch für die Kommunistische Partei Deutschlands zu, da sie ja auf denselben Grundlag operiert.
Erst in einer wahren kommunistischen Organisation, in der alle Kräfte auf das Klassenziel gerichtet sind, ist ein Rückgang dem Barnatsump wollenden Führerreligion vorgezogen. Die Kommunistische Arbeiterpartei hat als einzige Organisation die ihren aus dem Zusammenbruch der Sozialdemokratie 1914 gezogen und stellt mit ihrem Programm, mit ihrem Aufbau und ihren Satzungen die verkörperte Wiederherstellung der revolutionären Arbeiterbewegung dar. Ihre Geburt der revolutionären Arbeiterbewegung, dar. Ihre Reihen zu stärken ist Pflicht aller derjenigen Proletariat, denen der Sozialismus und Kommunismus, denen die Bedarfswirtschaft mehr als ein Lippenbekenntnis ist.